

Medienmitteilung

Liebefeld, 26.8.2009 / 10.30 Uhr

Substitutionsartikel: inakzeptabler Vorschlag gefährdet Patientensicherheit

Die Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit des National- und des Ständerates diskutieren derzeit den Vorschlag, künftig nur noch den Preis für das billigste Medikament durch die Versicherung vergüten zu lassen. Mit einer solchen Massnahme würden, in bester Absicht Kosten zu sparen, erhebliche Risiken und Nachteile für die Patienten geschaffen. Zugleich wäre eine effektive Kostendämpfung mehr als fraglich.

Für viele chronische Patienten käme es zu einem dauernden Wechsel von Medikamenten, welcher **aus pharmazeutischer Sicht unzumutbar und gefährlich** ist, da in der Übergangsphase mit einem stetigen Wechsel der unter Leistungspflicht fallenden Generika zu rechnen ist.

Ein Anstieg von Fehlmedikationen und Doppeleinnahmen würden zu Verunsicherung führen und würden die **Therapietreue (Compliance) vieler Patienten nachhaltig negativ** beeinflussen. Die indirekten Unkosten (bezahlte aber nicht oder falsch eingenommene Medikamente) würden die durch die neue Regelung „das Günstigste“ erwartete Einsparung mehrfach überschreiten.

Massnahmen im Bereich der Medikamentenverschreibung und der Substitution müssen zwingend sicherstellen, dass der Wettbewerb weiterhin funktioniert. Insbesondere darf auf keinen Fall das Prinzip des „günstigsten Produktes“ eingeführt werden. Diese nur vordergründige Entlastung der OKP hat erhebliche Nachteile in der Patientensicherheit und bei den mittelfristigen Kosten. Die Massnahme würde **erhebliche Nachteile für die Patienten** mit sich bringen.

Aus den genannten Gründen ist pharmaSuisse, der Schweizerische Apothekerverband, dezidiert gegen die vorgeschlagene Verschärfung der Substitutionsregelung.

Kontakt:

Marcel Wyler
Leiter Kommunikation
031 978 58 20 / 079 300 82 30
marcel.wyler@pharmaSuisse.org